

# Nützliche Nachrichten 12/2007

## Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 22. Dezember 2007

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

### Konferenz:

#### Perspektiven für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts

18. Januar 2008

Abgeordnetenhaus Berlin, Raum 376  
Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin

Auf dieser Konferenz wollen wir über die Strategien für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts sprechen. Die Grundlage hierfür ist eine Ausarbeitung (Dossier II) im Rahmen des Monitoring-Projekts, in der ein Fahrplan (Road Map) in 24 Schritten vorgeschlagen wird. Es geht also weder um die Darstellung der beklagenswerten Opfer dieses gewalttätig ausgetragenen Konflikts, noch um die allfälligen gegenseitigen Schuldzuweisungen, sondern um eine Orientierung auf einen gangbaren Weg für eine friedliche Lösung des Konflikts.

Angesichts der aktuellen schweren Spannungen in der Türkei kommt der Konferenz eine besondere Bedeutung zu.

Zu der Konferenz laden wir türkisch- und kurdisch-stämmige Gäste aus der Türkei, SpezialistInnen aus Deutschland und Vertreter der im Bundestag ansässigen Parteien ein.

Die Teilnahme an der Konferenz ist für alle an dem Thema Interessierten offen und kostenlos. Wir bitten jedoch um vorherige Anmeldung an die obige Adresse des Dialogkreises.

- 9.30 Begrüßung durch Gastgeber und Veranstalter, **Giyasettin Sayan**, MdA Berlin
- 9.45 Darlegung und Begründung des Monitoring-Projekts und des Zieles der Konferenz  
**Prof. Dr. Andreas Buro**
- 10.00 Der Beitrag von Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen und Religionen in der Türkei, **Prof. Dr. M. Cengiz Gülec**, Sprecher des Friedensrats Türkei
- 10.30 Kaffeepause

- Akteure, aktuelle Interessen und Perspektiven im Konflikt – analytische Darstellungen
  - 10.45 Aus Sicht der türkischen Akteure in Regierung, Militär und Wirtschaft, **Dr. Gülistan Gürbey**
  - 11.15 Aus Sicht der kurdischen Akteure, **Mehmet Sahin**
  - 11.45 Aus Sicht Deutschlands und der EU  
N:N:  
Nachfragen und Diskussion
  - 12.30-13.30 Mittagspause
  - 13.30 Erläuterung der Herangehensweise und Vorschläge Ziviler Konfliktbearbeitung im Monitoring Dossier  
**Prof. Dr. Andreas Buro**  
Kritische Würdigung der Vorschläge
  - 14.00 Aus türkischer Sicht, **Rusen Cakir**, Tageszeitung Vatan, Istanbul
  - 14.30 Aus kurdischer Sicht, **Ahmet Türk**, Fraktionschef der DPT im Parlament
  - 15.00 Aus deutscher und EU-Sicht, **Prof. Dr. Udo Steinbach**  
Nachfragen und Diskussion
  - 15.45 Kaffeepause
  - 16.00 Podiumsdiskussion mit ExpertenInnen  
**Angelika Beer**, B'90/Die Grünen, MdEP, (angefragt)  
**Sebahat Tuncel**, Mitglied der DTP-Fraktion im Parlament  
**Angelika Graf**, SPD, MdB  
**Joost Lagendijk**, MdEP, Vorsitzender des Gemischten Parlamentarierausschuss EU-Türkei  
**Prof. Dr. Norman Paech**, Die Linke, MdB  
Moderation: **Dr. Gisela Penteker**, IPPNW
  - 17.30 Zusammenfassung und Perspektiven,  
**Prof. Dr. Andreas Buro**
  - 18.00 Ende der Konferenz
- Bitte bis zum 14. Januar anmelden: dialogkreis@t-online.de, PF 90 31 70, 51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

## Der Kommentar

### Die Waffen nieder – Aussöhnung statt Gewalteskalation!

Andreas Buro

In der Türkei kommen Diskussionen über eine mögliche Amnestie für die kurdische Guerilla auf, auch wenn die bisherigen „Reuegesetze“ wenig Erfolg gezeigt haben und den Konflikt nicht beenden konnten. Ihr grundsätzlicher Fehler und auch der Grund für ihr Scheitern lagen darin, dass sie nicht mit einer Politik der Aussöhnung verbunden wurden. Man wollte stets nur „Gnade“ gegenüber kurdischen Guerilleros „minderer Schuld“ walten lassen, wenn diese Reue zeigten und wo möglich zum Verrat gegen ihre dann ehemaligen Genossen bereit sein würden. So hatten die bisherigen Reuegesetze lediglich eine Funktion, den Sieg über die kurdische Aufstandsbewegung nicht nur militärisch, sondern auch mit politischen Mittel zu erzielen. Das ist jedoch ein grundsätzlich falscher Ansatz der zivilen politischen Konfliktlösung. Dieser Fehler soll anscheinend nun noch einmal wiederholt werden, indem militärische Angriffe und Drohszenarien mit einer sehr begrenzten Amnestieregelung verbunden werden. Gleichzeitig wird die legale kurdische Partei in der Großen Nationalversammlung mit Verbot bedroht, ihre Repräsentanten werden schikaniert und Anschläge gegen ihre Parteihäuser verübt, ohne das dagegen energisch eingeschritten würde. Dies signalisiert eher Feindseligkeit als Aussöhnungsbereitschaft

Eine Lösung kann nur erreicht werden, wenn beide Seiten bereit sind, die Austragung des Konflikts auf eine nicht-militärische, politische Ebene zu heben, um dort die Ursachen für den Konflikt zu bearbeiten. Eine neue Amnestie muß deshalb sich nicht nur auf alle Teilnehmer der Kämpfe beziehen, sondern auch mit einer Politik der Aussöhnung verbunden werden. Dies gilt freilich nicht allein für Ankara, sondern auch für die PKK. Auch sie kombiniert ihre politischen Angebote – wie den jüngsten 7-Punkte Plan (s. u.) mit ihren militärischen Aktionen. Diese bezeichnet sie zwar immer wieder als Vergeltungsaktionen für türkische Angriffe. Dies ist jedoch billig, denn militärische Aktionen werden stets mit dem Verhalten des Gegners legitimiert. So läuft die Eskalation im Kriege.

Nun wird von beiden Seiten die Befürchtung geäußert, ein Verzicht auf militärische Gewaltanwendung könne als Schwäche ausgelegt werden. Dies mag in einer nationalistisch aufgeputschten Öffentlichkeit auch so sein. In Wirklichkeit ist es eine Haltung der Stärke. Man hätte aus diesem über zwanzig Jahre währenden Krieg endlich gelernt, dass die militärischen Mittel gänzlich untauglich sind, den Konflikt zu lösen, weil seine Ursachen im kriegerischen Kampf nicht behoben werden können. Deshalb – also aus Stärke und Klugheit – kann jede Seite auf militärische Gewalt auch einseitig verzichten, um den Konflikt auf eine neue Ebene zu heben, auf der Aussöhnung ermöglicht und der Konflikt bearbeitet und gelöst werden kann.

Eine solche Herangehensweise würde auch internationale Unterstützung in vielerlei Hinsicht ermöglichen. Sie würde diesem Land nicht nur Frieden bringen, sondern wäre eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung von Menschenrechten und einen EU-Beitritt der Türkei.

## Ereignis-Kalender

### PKK legt erneuten Lösungsvorschlag vor

KCK-Exekutivrat und Kongra-Gel-Präsidialrat haben eine sieben Punkte umfassende Deklaration für das Niederlegen der Waffen und eine Lösung der kurdischen Frage vorgelegt. Darin wird die freie Ausübung kurdischer Sprache, Kultur und Politik gefordert sowie für eine bleibende freiwillige Einheit das von Abdullah Öcalan entworfene Modell „Demokratisches Autonomes Kurdistan“ vorgeschlagen. Für die kurdische Seite sei eine Lösung im Rahmen folgender Punkte möglich:

1. Anerkennung der kurdischen Identität und verfassungsrechtliche Garantie für alle Identitäten unter der Oberidentität „Türkei“
2. Ermöglichung der freien Ausübung kurdischer Sprache und Kultur, Anerkennung des Rechts auf muttersprachlichen Unterricht, Anerkennung des Kurdischen als zweite offizielle Sprache neben türkisch in der Region Kurdistan, ebenso die Achtung der kulturellen Rechte aller Minderheiten
3. Auf der Basis von Meinungsfreiheit die Anerkennung des Rechts auf freie politische Betätigung und Organisation; Aufhebung aller sozialen Ungleichheiten in Verfassung und Gesetzen, insbesondere sexistischer Diskriminierung
4. Als Projekt einer gesellschaftlichen Versöhnung eine gegenseitige soziale Amnestie beider Seiten, um Frieden und eine freie Einheit entstehen zu lassen, Freilassung aller politischer Gefangenen einschließlich Abdullah Öcalans, das Recht auf Partizipation am politischen und sozialen Leben
5. Rückzug der Kräfte, die sich zum Zweck des Spezialkriegs in Kurdistan aufhalten, Abschaffung des Dorfschützersystems, Entwicklung sozialer und wirtschaftlicher Projekte, um eine Dorfrückkehr zu ermöglichen
6. Für die Stärkung der Kommunalverwaltung eine Neufassung der entsprechenden Gesetze
7. Parallel zu den genannten Punkten im Rahmen eines von beiden Seiten festgelegten Zeitablaufs eine stufenweise Niederlegung der Waffen sowie der Beginn der Teilnahme am legalen demokratischen und gesellschaftlichen Leben.

( ANF, 1.12.07, ISKU)

### Deutschland liefert Türkeikritiker aus Ayata darf nicht ausgeliefert werden

Seit 16 Monaten sitzen Muzaffer Ayata und Riza Erdogan in deutschen Gefängnissen. Politische Betätigung für die berechtigten Forderungen des kurdischen Volkes ist ihr Vergehen. Beide, Ayata und Erdogan, verbrachten ihre Jugend- und Reifezeit hinter türkischen Gittern. Bei Ayata beträgt diese Zeit etwa 20 Jahre. Mit einer Kinderrechnung musste Ayata 7.300 Mal in türkischen Gefängnissen schlafen, um überhaupt freigelassen zu werden. Dies tat er brav und überstand aller türkischen Folterarten. Nach ein Paar freien Jahren musste er diesmal in Deutschland hinter Gitter gehen.

Nach der Festnahme in Deutschland folgt von der Türkei ein Auslieferungsgesuch. Deutschland lässt die Türkei nicht warten und liefert die kurdischen „Terroristen“ nach und nach an die Türkei aus. Zwei von diesen wurden im September und November 2007 an die Türkei ausgeliefert. Wie das türkische Justizministerium erklärte, standen Mehmet Iltas und Mehmet Esref K. bisher auf der Liste von 176 führenden PKK-Mitgliedern, die von der Türkei international gesucht werden. Türkische Regierungsvertreter werteten die Entscheidung der deutschen Behörden nach Medienberichten als Zeichen dafür, dass Europa das PKK-Problem inzwischen ernst nehme. Es ist das erste Mal seit Jahren, dass hochrangige PKK-Mitglieder an die Türkei ausgeliefert worden sind.

Vor dem 5. Gericht für schwere Straftaten in Diyarbakir begann Mitte Dezember der Prozess gegen Mehmet Iltas, der am 19. September 2007 von Deutschland an die Türkei ausgeliefert worden war. Iltas droht eine lebenslängliche Haftstrafe.

Die „Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK) hat das Auslieferungsgesuch der Türkei im Fall des in Deutschland inhaftierten kurdischen Politikers Muzaffer Ayata verurteilt. In der Person des am 8. August 2006 in Deutschland verhafteten Ayatas werde versucht, alle Forderungen nach Freiheit des kurdischen Volkes zu verurteilen. „Die Haltung, die Deutschland im Fall Ayata einnimmt, ist auch nicht anders als die der Staatssicherheitsgerichte in der Türkei. Während das kurdische Volk erwartet, dass Deutschland das unrechte Vorgehen gegen Ayata aufgibt, hat das Justizministerium der Türkei jetzt seine Auslieferung gefordert. Wir hoffen, dass die deutsche Regierung sich nicht auf ein solches unrechtmäßiges Vorgehen einlässt.“ Ayata solle nicht der Türkei, sondern dem kurdischen Volk zurückgegeben werden. Alle Kurden seien aufgerufen, sich für Ayata einzusetzen.

(Der Standard und yahoo, 29.11.07; ANF, 8.12.07, ISKU; Yeni Özgür Politika, 14.12.07)

### **„Beschäftigt keinen Kurden, „Kauft nicht bei Kurden“**

Nach Lynchversuche gegen Kurden, Brandanschlägen gegen Parteibüros der DTP, Festnahmen der kurdischen Aktivisten folgen nun Losungen und Parolen wie „Kauft nicht bei Kurden“, „Beschäftigt keine Kurden“.

Einige Kemalisten, wie Hikmet Cetinkaya von der Tageszeitung Cumhuriyet, beklagen sich, dass die Kurden mit ihrem Dasein z.B. Städte wie Izmir befleckten. Sie gehören nicht dazu und sind auch nicht willig sich einzupassen, ist die Devise. Also Abschieben! Aber wohin, weiss anscheinend der kemalistische Kolumnist selber nicht. Vor ihm teilten einige andere Bürokraten dieselbe These. Kurden wurden z.B. an der Schwarzmeerküste, vor Stadtgrenzen von Ordu und Adapazari aussortiert.

Die mit rassistischen Kampagnen aufgefallene Zeitschrift „Türk Solu“ (Türkische Linke) ruft in ihrer neusten Ausgabe dazu auf, nicht bei Kurden einzukaufen. Unter dem Motto „Ich mache meinen Einkauf bei Türken, mein Geld geht nicht zur PKK“ ist eine neue Kampagne gestartet worden. Buttons mit derselben Aufschrift sind bereits verteilt worden. In dem entsprechenden Artikel in der Zeitschrift heißt es, überall werde versucht, das „Türkentum zu vernichten“, deshalb müsse sich „der Türke“ auf jedem Gebiet verteidigen, dürfe nur bei Türken einkaufen, nur

türkisch sprechen, gegen alle vorgehen, die eine andere Sprache sprechen, er dürfe nur türkische Musik hören und türkisches Essen zu sich nehmen.

In anderen Ausgaben waren Kurden und Armenier als Angriffsziele aufgeführt und die Leser aufgefordert worden, keine Lahmacun und kein Kebab zu essen, weil es sich dabei um kurdische Gerichte handele.

(DIHA, 4.12.07, ISKU)

### **Türkischer Filz - und der Christenmord**

„Das Muster ist stets das gleiche: Immer geben die mutmaßlichen Mörder vor, nur zum Schutze der türkischen Nation gehandelt zu haben. Stets hatten sie Kontakt zur Polizei und zur Justiz. Und in jedem Fall verschleiern Ermittler und Staatsanwälte Hintergründe und lassen Beweisstücke verschwinden. So war es nach den Morden am italienischen Priester Andrea Santoro und am türkisch-armenischen Intellektuellen Hrant Dink - so ist es abermals bei der Aufarbeitung des Mords an den drei Christen, die am 18. April in Malatya von fünf Jugendlichen im Alter von 19 und 20 Jahren über viele Stunden qualvoll zu Tode gefoltert worden sind.

„Die (Staats)-Anwälte und Richter haben dieselbe Mentalität wie die Täter“, klagt Hüsnü Öndül, der Vorsitzende der Menschenrechtsvereinigung İnsan Hakları Derneği (IHD). Daher werde auch nie ein Fall aufgeklärt. Denn der türkischen Justiz gehe es ja nicht um den Schutz des Rechts des Einzelnen, sondern um den Schutz des Staats; und als Sicherheitsrisiko für den türkischen Staat verdächtigen türkische Nationalisten pauschal die Minderheiten. (...) Der Anwalt der Hinterbliebenen der Opfer von Malatya, Orhan Cengiz, bezeichnet die Aggressionen, die sich entladen, als „Hassverbrechen“. Er fürchtet, die Spirale der Gewalt werde sich weiter drehen, sollte die Regierung nicht endlich durchgreifen.“

(Rainer Hermann, F.A.Z., 12.12.07)

### **Befugnis für grenzüberschreitende Operation liegt bei der Armee**

Wie der Ministerpräsident der Türkei Erdogan erklärte, hat das Militär am 28. November die Befugnis für eine grenzüberschreitende Operation in Irakisch-Kurdistan erhalten. Sein Stellvertreter Cemil Cicek fügte erläuternd hinzu: „Am 24. Oktober ist ein Schreiben an den Generalstab geschickt worden, dass die Autorisierung durch das Parlament erteilt ist. Am 1. November kam die Antwort, es kamen Forderungen vom Generalstab. Die Forderung betrachten wir als angemessen. Von uns aus ist getan worden, was rechtlich und politisch notwendig für die Operation ist.“ Auf die Frage von Journalisten, ob die erteilte Befugnis dem Beschluss des Ministerrates entspreche, antwortete Cicek: „Ja. Es ist ein Beschluss des Ministerrates, den alle Minister unterzeichnet haben.“

(ANF, 30.11.2007, ISKU)

## 19 Mal Erscheinungsverbote für pro-kurdische Zeitungen

Das 11. Istanbuler Gericht für schwere Straftaten hat das Erscheinen der Wochenzeitung „Haftaya Bakis“ für einen Monat verboten. Die Wochenzeitung war erstmalig am 1. Dezember 2007 erschienen.

Innerhalb des vergangenen Jahres sind damit gegen sieben Zeitungen 17 Mal Erscheinungsverbote ausgesprochen worden. Nach Beendigung eines einmonatigen Erscheinungsverbots erschien die Tageszeitung Gündem am 16. Dezember 2007 letztmalig mit einer besonderen Ausgabe. Unter der Schlagzeile „Nein zur Zensur – Freie Medien können nicht zum Schweigen gebracht werden“ werden die bis heute durchgeführten Angriffe gegen die kurdischen Medien sowie eine Liste mit Unterschriften einer Kampagne unter dem Motto „Nein zur Zensur“ aufgeführt. Bis auf die erste Seite sind alle Seiten der Zeitung geschwärzt.

Unter der Überschrift „Ëdi bes e“ (Es reicht) heißt es weiterhin: „Wir bringen heute eine schwarze Zeitung heraus, weil wir in dieser Zeitung keine Nachrichten veröffentlichen können. In der heutigen Türkei werden Freiheiten mit Füßen getreten. Alles, was wir schreiben, wird als Straftat gewertet. Angeblich ist in diesem Land die Zensur vor 99 Jahren abgeschafft worden. Zur Zeit wird versucht, das Erscheinungsverbot verfassungsrechtlich zu verankern. Die Türkei, die internationale Abkommen zum Recht der Unversehrtheit des Lebens unterzeichnet hat, erteilt der Polizei das Recht auf gezielte Todesschüsse. Lynchversuche im Namen von Vaterland, Fahne und Nation werden beklatscht. Die Täter von Semdinli werden freigelassen. Unsere Zeitung, die über all das berichtet, wird dagegen verboten. Denn in diesem Land hat weder die Wahrheit noch die Freiheit einen Wert. Wir werden weitermachen.“

(ANF, 08. und 16.12.07, ISKU)

## Schweiz verurteilt Leugner des Völkermords an den Armeniern

Am 12. Dezember 2007 hat das schweizerische Bundesgericht den Vorsitzenden der türkischen Arbeiterpartei, Dogu Perincek, nach Rassendiskriminierung (Art. 261bis StGB) für schuldig befunden. Er hatte im Jahre 2005 wiederholt behauptet, der Genozid am armenischen Volk von 1915, bei welchem ca. 1.5 Mio. Armenierinnen und Armenier ums Leben kamen, sei eine „imperialistische Lüge“. Perincek wurde somit endgültig zu einer bedingten Geldstrafe, zu einer Busse sowie zur Übernahme der Verfahrenskosten verurteilt. Das Bundesgericht schafft mit diesem wegweisenden Urteil Klarheit und sorgt zudem für eine Weltpremiere.

Mit diesem Entscheid lässt das höchste Gericht, wie vor ihm bereits das Lausanner Polizeigericht und der kantonale Kassationshof, keine Zweifel offen, dass die Ereignisse von 1915 als Genozid im Sinne der UNO-Völkermordkonvention von 1948 gelten.

Das Bundesgericht hält fest, dass die Leugnung des Genozids am armenischen Volk eine Bedrohung für dessen Identität darstellt. Die Verurteilung von Perincek, so das oberste Gericht weiter, trägt zum Schutz der Menschenwürde der armenischen Gemeinschaft bei, die sich über die Erinnerung an den Genozid von 1915 identifiziert.

Zentralrat der Armenier in Deutschland e.V., [www.zentralrat.org](http://www.zentralrat.org),  
vorstand@zentralrat.org <http://www.aga-online.org>,  
[asa@armenian.ch](mailto:asa@armenian.ch) | [www.armenian.ch](http://www.armenian.ch)

## Neues Reuegesetz in Diskussion

Premier Tayyip Erdogan hat ein neues Gesetz in Aussicht gestellt, mit dem er PKKler zum Aufgeben bewegen will, und er hat versprochen, man wolle „aus früheren Erfahrungen lernen. Mit einer neuen Initiative könnten wir die Zahl der Leute, die zur PKK in die Berge gehen, minimieren. Und wir könnten die anderen ermutigen, von den Bergen herunterzusteigen.“ Erdogan beeilte sich, hinzuzufügen, der Plan sei mit der Armee abgestimmt und selbstverständlich werde man mit den Terroristen nicht verhandeln.

CHP-Chef Deniz Baykal nannte ein solches Gesetz ein „Zeichen der Schwäche“ gegenüber dem Terrorismus und prophezeite die Spaltung des Landes. Der Vorsitzende der rechtsradikalen MHP hieb in dieselbe Kerbe und warnte alle „Vaterlandsverräter“: „Wenn nötig, stehen wir bereit, Anatolien noch einmal zu erobern.“

Die DTP äußerte sich zu dieser Diskussion dahingehend, dass ein neues Reuegesetz das bestehende Problem nicht lösen könne, man jedoch jederzeit bereit sei, ein umfassendes Projekt der Regierung für eine demokratische Lösung unterstützen werde. Gegen die DTP läuft im Moment ein Verbotsverfahren wegen zu grosser Nähe zur PKK. „Sie können nicht einmal uns im Parlament dulden“, sagte der DTP-Abgeordnete Sirri Sakik: „Wie soll denn dann dieser Plan funktionieren?“

Und doch wurden Erdogans Worte von liberalen Kolumnisten auch mit Skepsis wahrgenommen, eine Skepsis, die wuchs, als Vizepremier Cemil Cicek hinterher erklärte, der Premier sei „missverstanden“ worden, eine Initiative sei auch auf Grundlage der alten Gesetze vorstellbar. „Das alte ‚Reuegesetz‘ funktionierte gestern nicht, es kann auch heute nicht funktionieren“, meint Rusen Cakir, Kommentator in der Zeitung „Vatan“. Erstens weil sämtliche Amnestieangebote der türkischen Regierung immer zu zaghaft seien. Und zweitens, weil die PKK-Kämpfer in eine Zukunft ohne Jobs zurückkehren würden.

Seit 1985 sind in der Türkei sieben Mal Reuegesetze erlassen worden. Insgesamt haben 6489 Personen einen Antrag gestellt, um von diesen Gesetzen zu profitieren. Die PKK-Mitglieder machen dabei nur einen sehr geringen Anteil aus, am meisten waren es Hizbullah-Mitglieder, die dieses Gesetz nutzten.

(Tagesanzeiger Zürich ANF und Yeni Özgür Politika, 12.12.07, ISKU; FAZ, 19.12.07)

## Bombenleger von Semdinli sind frei

Im Prozess um einen Bombenanschlag auf einen Buchladen in Semdinli vor zwei Jahren (9. November 2005) ist es vor einem Militärgericht in der Türkei zu einer skandalösen Entscheidung gekommen: Das unter dem Befehl des türkischen Generalstabschefs Büyükanit stehende Gericht ordnete am 14. Dezember die Haftentlassung der zuvor von einem Zivilgericht zu 39 Jahren Haftstrafen verurteilten Haupttäter an.

Büyükanit hatte direkt nach dem Anschlag am 9. November 2005 die Täter – zwei Unteroffiziere des militärischen Geheimdienstes JIT sowie einen Überläufer – als „gute Jungs“ bezeichnet. Aufgrund des öffentlichen Drucks waren sie von einem Gericht in Van zu jeweils knapp 40 Jahren Haftstrafe verurteilt worden. Der Kassationsgerichtshof verwarf das Urteil und verwies den Fall „zuständigkeitshalber“ an ein Militärgericht. Bereits bei der ersten Hauptverhandlung verließen die Anwälte der Betroffenen aus Semdinli aus Protest den Sitzungssaal, weil sie „keine Statisten in einem vorab festgelegten Schauspiel“ sein wollten.

Die freigelassenen Unteroffiziere kehrten umgehend nach Hakkari zurück. Wie ihr Anwalt erklärte, sollen die beiden innerhalb kürzester Zeit ihre „Arbeit“ fortsetzen.

In Semdinli fand unterdessen eine Protestdemonstration statt, die vor dem neu aufgebauten Buchladen „Umut“ (Hoffnung) endete. Der DTP-Kreisverbandsvorsitzende Akbas wies in einem Redebeitrag darauf hin, dass die Bevölkerung von Semdinli „besorgt und wütend“ sei angesichts der Freilassung der Täter, die von Menschen aus Semdinli unmittelbar nach dem Bombenanschlag gestellt und den Sicherheitskräften übergeben worden waren.

Auch Seferi Yilmaz, Besitzer des betroffenen Buchladens, äußerte sich besorgt zu den jüngsten Entwicklungen: „Wenn der Vorfall von Semdinli aufgeklärt worden wäre, wäre auch das Massaker von Malatya, wo 3 Christen im April qualvoll ermordet wurden, aufgeklärt worden. Aber leider werden die ‚guten Jungs‘ nach wie vor geschützt.“

(Yeni Özgür Politika, ANF, 15.12.07, ISKU; FAZ, 19.12.07)

### **Garry Adams für Lösung der Kurdenfrage**

Bei einem Treffen zwischen der DTP-Abgeordneten Sebahat Tuncel mit dem Sinn-Fein-Vorsitzenden Garry Adams in Belfast hat dieser seine Bereitschaft zum Ausdruck gemacht, an einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage mitzuwirken. In dem Gespräch ging es um den Friedensprozess in Nordirland, die Rolle der Sinn Fein dabei sowie die Kurdenfrage in der Türkei und eine zukünftige Vertiefung der Beziehungen zwischen Sinn Fein und DTP.

(ANF, 15.12.07, ISKU)

### **Türkei und Iran unterzeichnen Abkommen gegen PKK**

Ab 16. Dezember gilt ein Abkommen gegen die PKK zwischen der Türkei und dem Iran. Im Kampf gegen die PKK werden die beiden Länder gemeinsam vorgehen.

(ANF, 16.12.07, ISKU)

### **Türkischer Generalstab warnt Journalisten**

Der türkische Generalstab hat auf seiner Internetseite im Grenzgebiet tätige Journalisten darauf aufmerksam gemacht, dass dort keine Gewähr für ihre Sicherheit übernommen werden könne. Es fänden „intensive militärische Aktivitäten“ statt, alle Medienvertreter seien aufgefordert, nichts zu unternehmen, was ihre eigene Sicherheit gefährden könne.

(ANF, 16.12.07, ISKU)

### **25. Grenzüberschreitende Operation der Türkei gegen die PKK**

Die Türkei hat ihre Drohungen wahr gemacht und seit der Nacht auf den 16. Dezember 2007 Luftangriffe auf Stellungen der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) im Nordirak geflogen – mit der Erlaubnis der Amerikaner. 50 Kampffjets bombardierten

stundenlang Ziele im Kandilgebirge und Ortschaften in Irakisch-Kurdistan. Die Amerikaner haben nach Angaben türkischer Armeekreise den irakischen Luftraum geöffnet und somit den Angriffen zugestimmt. Zuvor hat die türkische Armee wiederholt grenzüberschreitende Einsätze gegen die PKK-Kämpfer gestartet und in der Region bis zu 200.000 Soldaten zusammengezogen.

Wie erfolgreich der Luftangriff der türkischen Armee gegen die PKK wirklich war, ist fraglich. Generalstabschef Yasar Büyükanit und Premier Tayyip Erdogan werten ihn als grossen Erfolg. Die PKK spricht von fünf toten Kämpfern. Zudem seien zwei kurdische Zivilisten getötet worden. Die kurdische Regionalregierung in Nordirak beklagt die Zerstörung von zehn Dörfern samt Schulen und Krankenhäusern.

Die USA hatten vorher „nachrichtendienstliche Informationen“ weitergegeben. Nach dem Besuch Erdogans in Washington am 5. November waren die Lager der PKK am Berg Qandil tagelang von US-Aufklärungsflugzeugen beobachtet worden. Amerikanische Spionagesatelliten dürften ebenfalls beteiligt gewesen sein. Nach Angaben der türkischen Tageszeitungen wurden auch Satellitentelefone und Funkgeräte von PKK-Kommandanten geortet.

Außer den Amerikanern war auch der Iran bei der Operation der türkischen Luftwaffe beteiligt. Er öffnete seinen Luftraum für die Manövrierung der türkischen Kampffjets. Zu dieser ungewöhnlichen Allianz kann man auch Syrien zählen. Nachdem Damaskus der PKK über viele Jahre Unterschlupf gewährt hat, gilt Syrien nun als Verbündeter Ankaras gegen die PKK.

In der irakischen Hauptstadt Bagdad bestellte Vize-Außenamtschef Mahmud el-Hadsch Humud den türkischen Botschafter ein. Derartige Angriffe bedrohten die „freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern“, erklärte er im Anschluss. Durch die Luftangriffe seien „Krankenhäuser, Schulen und Brücken“ zerstört worden: „Wir fordern, daß die türkischen Behörden derartige Aktionen gegen Unschuldige beenden.“

(ANF, 16.12.07 und türkische und europäische Tagespresse)

### **UNHCR: 1800 Zivilisten wegen Bombardierung geflohen**

Wie das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR bekannt gegeben hat, sind aufgrund der Bombardierungen in Südkurdistan durch die türkische Armee 1800 Zivilisten aus ihren Häusern geflohen. Bei der Bombardierung waren am 16. Dezember zivile Dörfer getroffen worden. Laut der kurdischen Guerilla HPG kamen dabei 5 Kämpfer und zwei Zivilisten ums Leben.

(ANF, 18.12.07, ISKU)

### **Türkische Bodentruppen in Irakisch-Kurdistan**

Hunderte türkischer Soldaten sind am 18. Dezember 2007 von Semdinli (Provinz Hakkari) aus in das Gebiet Geliye Res in Irakisch-Kurdistan einmarschiert. In Xakurke kam es zu heftigen Gefechten mit Guerillaeinheiten, bei denen acht Soldaten der türkischen Armee ums Leben gekommen sein sollen. Bestätigt wurde das Eindringen türkischer Truppen auch vom Peschmerga-Sprecher Cebar Yawer.

(ANF, 18.12.2007, ISKU)

## Peschmerga in Verteidigungsposition

Wie ein Sprecher des Präsidialamtes der Region Kurdistan bekannt gegeben hat, ist den Peschmerga-Einheiten der Befehl gegeben worden, sich gegen die türkischen Streitkräfte in Verteidigungsposition zu begeben. Diese Maßnahme gelte für den Fall, dass die türkischen Truppen weiter vorrückten und der Zivilbevölkerung in der Grenzregion Schaden zufügten.

(DIHA, 18.12.07, ISKU)

## Mesut Barzani macht USA für Militäroperationen verantwortlich

Der Präsident der Region Kurdistan Mesut Barzani hat den Einmarsch türkischer Truppen nach Südkurdistan verurteilt. Weiterhin machte er die USA für den türkischen Luftangriff am 16. Dezember 2007 verantwortlich: „Wenn die USA kein grünes Licht gegeben hätten, hätten sie [die Türkei] niemals ihre Flugzeuge herbringen und dieses Verbrechen begehen können“, erklärte Barzani am 17. Dezember nach einem Gespräch mit dem britischen Außenminister David Miliband in Selahaddin auf einer Pressekonferenz. Bei den Angriffen türkischer Kräfte auf die „unschuldige Bevölkerung Kurdistans“ handele es sich um ein schweres Verbrechen und eine Verletzung der Souveränität des Irak. Sowohl moralisch als auch rechtlich seien die USA dazu verpflichtet, die Menschenrechte und insbesondere die Region Kurdistan zu schützen: „Ich möchte daran erinnern, dass das Blut des Volkes Kurdistans nicht billig ist.“ Die gesamte Bevölkerung sei aufgebracht angesichts der Haltung der USA.

Aus Protest verweigerte Mesut Barzani auch ein Treffen mit US-Außenministerin Rice, die zu einem Besuch in Kerkuk eingetroffen war.

ANF, 18.12.2007, ISKU

## Rice in Irak

Während etwa 500 türkische Soldaten am 18. Dezember ihre in der Nacht begonnene Offensive in den kurdischen Gebieten im Nordirak fortsetzten, rief die amerikanische Außenministerin Rice im Irak zur Versöhnung auf.

In der nordirakischen Stadt Kirkuk traf Rice mit 35 Vertretern aller ethnischen und religiösen Gruppen der Stadt zusammen. Bei dem Gespräch ging es vor allem um das Referendum über die Eingliederung der Stadt und ihrer Ölfelder in das nordirakische Autonomiegebiet der Kurden.

Rice sprach zudem mit Vertretern lokaler Bürgerwehren über die Gründung eines „Komitees des Erwachens“ nach dem Vorbild sunnitischer Stämme im Westen des Iraks zum Kampf gegen Al-Qaida-Terroristen in der Region. Die von örtlichen Stammesführern und Scheichs gegründeten Bürgerwehren arbeiten in Provinzen westlich und nördlich der Hauptstadt sowie in zahlreichen Stadtvierteln Bagdads mit den amerikanischen Streitkräften im Kampf gegen sunnitische Extremisten und das Terrornetz Al Qaida erfolgreich zusammen.

In Bagdad traf Rice unter anderen mit dem irakischen Präsidenten Dschalal Talabani, Ministerpräsident Nuri al Maliki, Außenminister Hoshjar Zebari und dem UN-Vertreter im Irak, dem Italiener Staffan de Mistura, zusammen. Auch bei den Gesprächen in Bagdad standen das umstrittene Referendum von

Kirkuk, die verbesserte Sicherheitslage und Schritte zur weiteren Stabilisierung der Lage im Mittelpunkt.

Zebari und Rice sagten, dass der Verbesserung der Sicherheitslage nun Erfolge auf politischer und legislativer Ebene folgen müssten. Auf lokaler und regionaler Ebene gebe es Elemente einer Versöhnung, die „dringend auf nationaler Ebene erreicht werden“ müssten. Die politischen Differenzen, die normal für eine junge Demokratie wie den Irak seien, könnten überwunden werden. Zebari und Rice hoben gemeinsam hervor, dass die türkische Regierung mit ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) im Nordirak legitime Interessen verfolge. Die Vereinigten Staaten, der Irak und die Türkei hätten ein gemeinsames Interesse daran, dass die Stabilität in der Region nicht durch das terroristische Vorgehen der PKK gefährdet werde, sagte Rice. Sie bezeichnete die Luftangriffe der türkischen Armee im Nordirak vom 16. Dezember und den begrenzten Einmarsch vom 18. Dezember als „rein türkische Entscheidung“.

Zebari sagte, Bagdad und die kurdische Provinzregierung im Norden des Landes hätten in Ankara gegen die Angriffe der türkischen Streitkräfte, bei denen zwei Zivilisten getötet wurden, protestiert und dabei deutlich gemacht, dass unilaterale Aktionen die Stabilität in der Region weiter gefährden könnten. Zugleich äußerte Zebari Verständnis für das legitime Selbstverteidigungsrecht des türkischen Nachbarn und verurteilte die Anschläge der PKK als „inakzeptabel“.

(FAZ, 19.12.07)

## Operationen stoppen – Den friedlichen Weg einschlagen!

Der Initiatorenkreis zur Gründung eines Europäischen Friedensrats Türkei wendet sich mit seiner ersten Presseerklärung an die europäische Öffentlichkeit und fordert den sofortigen Stopp der türkischen Angriffe auf Nordirak:

„Die Angriffe der türkischen Streitkräfte in der Nacht zum 16. Dezember 2007 auf vermeintliche Stellungen der PKK-Kämpfer haben wir mit großer Besorgnis verfolgen müssen. Berichte aus der Region belegen, dass in den bombardierten Gebieten die Zivilbevölkerung massiven Gefährdungen ausgesetzt ist.

Die Bombardierungen, die Zerstörung von Krankenhäusern, Schulen und Brücken widersprechen jeglicher Vernunft und dem Völkerrecht. Dieses Vorgehen der türkischen Streitkräfte wird zu einer weiteren Eskalation des Konfliktes führen und hat das Potential, sich zu einem Flächenbrand zu verwandeln.

Wir, die Gründer der Initiative Europäischer Friedensrat Türkei, sind der festen Überzeugung, dass der Konflikt mit Krieg und Gewaltanwendung nicht gelöst werden kann, sondern nur durch demokratische Maßnahmen und der Gewährleistung der Freiheitsrechte. Mit dieser Überzeugung erklären wir unsere Solidarität mit den ab Morgen in verschiedenen Städten der Türkei beginnenden Demonstrationen der türkischen Friedensbewegung und fordern den sofortigen Stopp der Militäroperationen. Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit in Europa auf, sich für die friedliche und demokratische Lösung des Kurdenproblems in der Türkei einzusetzen.“

Initiatorenkreis Europäischer Friedensrat Türkei: Hüseyin Avgan; Günay Aslan; Murat Cakir; Turgut Öker; Ömer Polat; Mehmet Sahin; Kemal Uzun; PM, 17.12.07

## **F-16-Kampfflugzeuge bombardieren erneut Irakisch-Kurdistan**

Mit F-16-Kampfflugzeugen hat die türkische Armee erneut am 22. Dezember 2007 eine umfangreiche Operation in Irakisch-Kurdistan gegen die Stellungen der PKK durchgeführt. Die türkischen Kampffjets bombardierten Zap, Cemco und weitere Gebiete. Nach dem Luftangriff sei die Region mit Granatwerfern unter Beschuß gesetzt worden. Vor dem Angriff sollen Aufklärungsflüge in der Region stattgefunden haben.

(ANF, DIHA und NZZ-online, 22.12.07, ISKU)

## **Chatham House: Türkei kämpft vergeblich gegen PKK**

Nach den wiederholten Angriffen der türkischen Armee im Nordirak zur Bekämpfung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in den letzten Tagen, hat das renommierte britische Forschungsinstitut Chatham House vor einem vergeblichen Kampf gewarnt. "Die Türkei kann die PKK wahrscheinlich nie besiegen, und alle Aktionen jenseits der Grenze sind wahrscheinlich zwecklos", hieß es in einer in London veröffentlichten Studie des Instituts.

Die Kämpfer der PKK seien sehr motiviert und genießen in der Region die Unterstützung der Bevölkerung. Zudem könnten sie sich in dem unwegsamen Grenzgebiet zwischen der Türkei und dem Irak verschanzen. Chatham House warnte auch davor, daß nach einer Zurückdrängung der kurdischen Guerilla islamistische Kämpfer in die irakisch-türkische Grenzregion einrücken könnten.

Von der irakischen Regierung ist der Studie zufolge wenig Unterstützung zu erwarten, da diese sich wegen des militärischen Risikos davor scheue, auf ihrem Gebiet gegen die PKK vorzugehen. Der Einfluss der Kurden in der Türkei und dem Irak, aber auch im Iran und in Syrien sei gewachsen, analysierte Chatham House. "Die Kurden erleben eine politische Renaissance."

(Tagesspiegel, 19.12.07; Welt Online, 23.12.07)

## **DTP-Vorsitzender Demirtas festgenommen**

Der DTP-Vorsitzende Nurettin Demirtas ist bei seiner Rückkehr aus Europa in die Türkei am 16. Dezember 2007 am Flughafen in Ankara festgenommen und am nächsten Tag verhaftet worden. Demirtas wird vorgeworfen, sich die Befreiung vom Militärdienst mit einem gefälschten Attest erschlichen zu haben.

Zu den in den türkischen Medien verbreiteten Vorwürfen gegen ihn teilte Demirtas mit: „Man kann daran sehen, wie niedrig das Niveau der politischen Kultur in der Türkei geworden ist. Es handelt sich um eine schlichte Ermittlung wegen gefälschter Dokumente. Ich habe vor einem Jahr ein Attest vom Militärkrankenhaus in Ankara erhalten. Dass ich heute auf diese Weise ins Gespräch gebracht werde, ist nur ein Teil der gegen die DTP gerichteten Lynchkampagne. Über das Vorliegen eines Haftbefehls ist uns nichts mitgeteilt worden, es liegt auch kein Grund dafür vor.“

(ANF, 17. und 18.12.07, ISKU)

## **IPPNW-Delegationsreise in die Türkei und nach Kurdistan**

Wie jedes Jahr steht eine Delegationsreise der IPPNW im März bevor. Die Eckdaten der Reise sind der 14. März (Feiertag der Ärzte) und der 21. März (das kurdische Newrozfest). „Newroz fällt diesmal auf den Karfreitag, und wird nach unseren Erfahrungen der letzten Jahre wahrscheinlich in Diyarbakir und den meisten größeren Städten am Samstag danach gefeiert. Das macht es sicher für einige von uns schwierig, die Ostern zu Hause verbringen wollen.

Ein Schwerpunkt sollte in diesem Jahr sicher die Situation im Grenzgebiet zum Irak sein, auch Tunceli/Dersim, von wo fast jeden Tag über Kämpfe zwischen Militär und PKK berichtet wird. Auch Besuche bei den abgeschobenen Familien, die wir kennen, stehen auf dem Plan. Feste Stationen sind Diyarbakir und Izmir. Die Reiseroute richtet sich nach den Wünschen der TeilnehmerInnen, soweit die Wünsche unter einen oder ggf. zwei Hüte gebracht werden können.

InteressentInnen sollten sich bitte schnell bei mir melden. Es wird auch nötig sein, bald zu buchen, da es sonst wegen der Osterferien schwierig und teuer werden dürfte", teilt die Türkeibeauftragte der IPPNW, Dr. Gisela Penteker mit.

Gisela Penteker, Fax 04751-909220, Penteker@t-online.de

## **Hinweis auf sonstige Infostellen**

Azadi, [azadi@t-online.de](mailto:azadi@t-online.de); [www.nadir.org/azadi/](http://www.nadir.org/azadi/)

Demokratisches Türkeiforum, [info@tuerkeiforum.net](mailto:info@tuerkeiforum.net), [www.tuerkeiforum.net](http://www.tuerkeiforum.net)

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., [isku@nadir.org](mailto:isku@nadir.org); [www.nadir.org/isku/](http://www.nadir.org/isku/)

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), [kdi@gmx.net](mailto:kdi@gmx.net)

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), [kds-info@gmx.net](mailto:kds-info@gmx.net)

Kurdisches PEN-Zentrum, [webmaster@pen-kurd.org](mailto:webmaster@pen-kurd.org), [www.pen-kurd.org/](http://www.pen-kurd.org/)

Kurdistan Report, [www.kurdistanreport.de](http://www.kurdistanreport.de)

Kurdistan Rundbrief, [www.kurdistan-rundbrief.de](http://www.kurdistan-rundbrief.de)

Mezopotamian Development Society, [MESOP@online.de](mailto:MESOP@online.de), [www.mesop.de](http://www.mesop.de)

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., [info@navend.de](mailto:info@navend.de), <http://www.navend.de/>

Österreichisch-Kurdische Gesellschaft für Wissenschafts- und Kulturaustausch, [office@ok-gesellschaft.at](mailto:office@ok-gesellschaft.at), [www.ok-gesellschaft.at/](http://www.ok-gesellschaft.at/)

The Turkish Economic and Social Studies Foundation (TESEV), [www.tesev.org.tr/eng/](http://www.tesev.org.tr/eng/)

Zentrum für Türkei studien, [www.zft-online.de](http://www.zft-online.de)